

---

FDP Altenstadt

## FDP-DELEGATION INFORMIERT SICH IN FLÜCHTLINGSUNTERKUNFT DES WETTERAUKREISES IN OBERAU

16.02.2023

---



13.02.2023 [Sozialpolitik](#)

Hahn und Mai: „Die Flüchtlingsunterbringung hier in der Notunterkunft in Altenstadt ist gut organisiert.“

Der Wetterauer FDP-Landtagsvizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn hat gemeinsam mit dem FDP-Landtagskandidaten Robin Nepomuk Mai und den Altenstädter Liberalen um Natascha Baumann, Claus Pfeffer, Martin Kirchner und Daniel Wartha die Notunterkunft für Geflüchtete in Altenstadt-Oberau besucht. Landrat Jan Weckler (CDU),

Fachdienstleiterin Migration Larissa Mourek und Heidi Nitschke, Geschäftsführerin des mit der Sozialbetreuung beauftragten Unternehmens Regionale Dienstleistungen Wetterau, informierten die Liberalen über die derzeitige Situation in der Unterkunft.

„Diese Unterkunft in der Waldsporthalle Oberau betreiben wir seit November 2022, aktuell befinden sich 52 Geflüchtete in der Einrichtung. Diese wurde mit Betten, Spinden und Raumteilern ausgestattet, im Außenbereich wurden Container mit Koch- und Sanitärbereich aufgebaut“, erklärte Weckler den Liberalen. Das Areal werde ganztägig durch einen Sicherheitsdienst betreut. Hinsichtlich der gesamten Flüchtlingssituation sei laut Landrat keine Entspannung in Sicht. 2022 habe der Wetteraukreis rund 4900 Geflüchtete aufgenommen, im ersten Quartal 2023 würden rund 700 Menschen im Kreis erwartet.

„Die Flüchtlingsunterbringung hier in der Notunterkunft in Altenstadt ist gut organisiert, davon konnten wir uns bei dem Besuch überzeugen. Klar ist aber auch, dass die Kommunen und der Wetteraukreis hinsichtlich der Unterbringung der Vielzahl an Flüchtlingen an der Belastungsgrenze angelangt sind“, erklärte die Altenstädter FDP-Fraktionsvorsitzende Natascha Baumann.

Auch der ehemalige Integrationsminister Hahn lobte die geordnete Unterbringung der Flüchtlinge in der Notunterkunft des Wetteraukreises, und betonte gleichzeitig auch die Notwendigkeit einer Migrationswende. „Hessenweit schlagen Städte, Gemeinde und Kreise Alarm, können Asylbewerber kaum noch unterbringen. Wir brauchen mehr legale Migration in den Arbeitsmarkt, aber deutlich weniger illegale Migration in den Sozialstaat. Die hohe Zahl an Flüchtlingen überfordert unsere Kommunen. Notwendig sind schnellere Asylverfahren und konsequentere Rückführungen derjenigen, die keine Bleibeperspektive in unserem Land haben“, so der erfahrene Parlamentarier. SPD-Innenministerin Nancy Faeser müsse endlich die Zeichen der Zeit erkennen und ihre ideologiebehaftete Migrationspolitik beenden.

FDP-Mann Mai betonte, dass ein großes Verständnis von den Bürgern vor Ort erbeten wird. So sei es sehr positiv, dass sich Sportvereine und andere gemeinsam mit dem RDW und dem Kreis um zusätzliche Angebote kümmern. „Parteilpolitische Spielchen sind natürlich voll und ganz zu unterlassen“, so der Landtagskandidat abschließend.